

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

**zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige,
Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/2235 —**

Die Finanzierung der Einheit und die Verteilung der Lasten

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltsplans 1993 im kommenden Jahr aus Bundesmitteln und aus Mitteln der alten Bundesländer den Kommunen in den neuen Bundesländern erneut eine Investitionspauschale von mindestens 6 Mrd. DM zur Verfügung gestellt werden kann.
2. Die Bundesregierung wird gebeten, das Programm „Aufschwung Ost“ nicht zum Ende des Jahres 1992 auslaufen zu lassen, sondern auch für die Jahre 1993 und 1994 aufzulegen.

Bonn, den 17. Juni 1992

Dr. Barbara Höll
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die im Rahmen des Programms „Aufschwung Ost“ den ostdeutschen Kommunen 1991 gewährte Investitionspauschale in Höhe von 5,3 Mrd. DM hatte sich außerordentlich bewährt. In zahlreichen Fällen konnten vor allem kleinere Kommunen unbürokratisch erforderliche Hilfe erhalten und Investitionen vornehmen. Dadurch konnte der reale Rückstand zum Standard vergleichbarer westdeutscher Kommunen verringert werden.

Im Interesse einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, aber auch im Interesse der tatsächlichen Wahr-

nehmung der Selbstverwaltung durch die Kommunen ist eine Fortführung der kommunalen Investitionspauschale in der geforderten Höhe geboten.

Würde der Bund das Programm „Aufschwung Ost“ 1992 auslaufen lassen, könnten länderspezifische und kommunale Aufgaben nicht mehr angemessen erfüllt werden. Die 1991 den ostdeutschen Städten und Gemeinden gewährte Investitionspauschale von 5,3 Mrd. DM ermöglichte eine kommunalpolitische Schwerpunktsetzung.

Zur Finanzierung dieser und anderer zusätzlicher Ausgaben, die im Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Einheit dieses Landes entstehen, könnte der Bund z. B. auf die Vorschläge der „Memorandum“-Gruppe zurückgreifen.